

Wohin Mädchen vor ihren Eltern fliehen

Mädchenhaus Zürich Gewaltbetroffene Mädchen finden an geheimer Adresse Schutz

VON KAREN SCHÄRER

Knapp 20 Frauenhäuser mit geheimer Adresse gibt es in der Schweiz; es gibt aber nur ein Mädchenhaus. Im Mädchenhaus Zürich finden 14- bis 20-jährige Schutz, die aus ihrem Elternhaus ausbrechen, weil sie dort psychische oder physische Gewalt erfahren. Die Eltern, die oftmals nach den wegelaufenen Töchtern suchen, sollen sie hier nicht finden können.

Vergangenes Jahr kamen Mädchen nicht nur aus Zürich, sondern auch aus den Kantonen Bern und Luzern, aus dem Aargau und dem Thurgau, aus Solothurn, Schaffhausen, Schwyz und Graubünden im Mädchenhaus unter. Über 50 Mädchen wurden aufgenommen, ebenso viele mussten abgewiesen werden, weil die sieben Schlafplätze belegt waren.

Das Mädchenhaus besteht seit 18 Jahren und feiert diese «Volljährigkeit» im Rahmen der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt» (siehe Box). Karin Aeberhard, Co-Leiterin des Mädchenhauses, sagt, es erfülle sie mit Stolz, dass die Institution seit 18 Jahren bestehe. «Gleichzeitig schwingt ein Gefühl des Bedauerns mit, dass es das Mädchenhaus braucht.» Das Mäd-

«Viele Mädchen werden von den Eltern via SMS oder via Behörden unter Druck gesetzt.»

Karin Aeberhard, Co-Leiterin Mädchenhaus

chenhaus decke zudem den Bedarf nicht ab, wie die hohen Zahlen der abgewiesenen Mädchen zeigen. Andere Institutionen seien nicht wie das Mädchenhaus auf Gewaltthematik spezialisiert und hätten keine anonyme Adresse.

Beschimpft, geschlagen, eingesperrt

Zwei Drittel der Mädchen, die im Mädchenhaus Zuflucht suchen, haben einen Migrationshintergrund. Täter sind in den meisten Fällen Vater oder Mutter – oder beide. Manche Mädchen werden vergewaltigt oder geschlagen, andere stehen unter engster Kontrolle, dürfen das Haus nicht alleine verlassen, werden als Haushaltshilfe missbraucht, beschimpft und gedemütigt. Manche Mädchen wurden zwangsverheiratet oder sollen demnächst gegen ihren Willen verheiratet werden.

Aeberhard erzählt, manche Mädchen planten ihre Flucht von zu Hause von langer Hand. Andere werden noch am Tag des Erstkontakts mit dem Mädchenhaus von einer Mitarbeiterin am Zürcher Hauptbahnhof abgeholt und ins Haus begleitet. Das Mädchenhaus ist verpflichtet, bei minderjährigen Mädchen innerhalb 24 Stunden die zuständige Behörde zu kontaktieren, welche dann die Eltern informiert.



Wohngemeinschaft auf Zeit: Bewohnerinnen im Mädchenhaus Zürich.

LEVELPLUS, AGENTUR FÜR MEDIENDESIGN

Das Mädchenhaus funktioniert wie eine Wohngemeinschaft; die Mädchen kochen füreinander und essen gemeinsam. «Wer hierher kommt, ist überrascht, wie laut und auch lustig es zu und hergeht», sagt die 42-jährige Co-Leiterin, die zuvor selbst jahrelang als Betreuerin der Mädchen arbeitete. «Das Traurige und Schwere zeigt sich vorwiegend in den Einzelgesprächen.»

Die Hälfte geht nach Hause zurück

Höchstens drei Monate können die Teenager im Mädchenhaus bleiben. Danach wechseln viele in eine

betreute Wohngemeinschaft oder in eine eigene Wohnung. Vergangenes Jahr aber kehrte die Hälfte der aufgenommenen innerhalb der ersten 14 Tage nach Hause zurück. «Viele Mädchen plagen grosse Schuldgefühle. Sie sorgen sich um jüngere Schwestern und werden von den Eltern zum Beispiel via SMS oder via Behörden unter Druck gesetzt», sagt Aeberhard. Den Mitarbeiterinnen bleibt in dieser Situation nichts anderes übrig, als die Mädchen zu beraten und ihnen zu sagen, dass sie sich jederzeit wieder melden können – was auch häufig passiert.

«16 Tage gegen Gewalt»

Über 50 Organisationen beteiligen sich in der Deutschschweiz an der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt» (25.11.–10.12.). Fokus der Kampagne 2012 sind diskriminierende Darstellungen von Frauen in Medien (www.16tage.ch). Das Mädchenhaus Zürich feiert am 1.12. im Zürcher Kino Xenix unter Anwesenheit von Stadtpräsidentin Corinne Mauch sein Jubiläum und zeigt den Film «Die Fremde». www.maedchenhaus.ch

Aufgeschnappt



Das Präsidium des Bauernverbandes ist seit dieser Woche in CVP-Händen. Beobachter munkeln, Parteipräsident und Weinliebhaber Chris-

tophe Darbellay werde die Gelegenheit beim Schopf packen und bei Verbandschef Josef Ritter (CVP/SG) dafür lobbyieren, die Förderung von Rebbergen zum Kernthema zu erklären. (LHN)



SVP-Nationalrätin Natalie Rickli kehrt nicht wie erwartet in der Wintersession, sondern erst im kommenden Jahr ins Parlament zurück. Der

Luzerner SVP-Nationalrat Felix Müri muss also eine weitere Session ohne seine Tischnachbarin verbringen, die er sehr gut mag. Immerhin hat er jetzt für einmal genug Platz für sich und seine Akten. Denn die Arbeitsplätze im Nationalratssaal wurden seinerzeit definitiv nicht für Männer seiner Statur konzipiert. (LHN)

Nachrichten

Asyl Verfahren sollen verkürzt werden

Die ordentlichen Asylverfahren sollen von der Einreise bis zur allfälligen Ausreise auf 100 Tage verkürzt und in Bundeszentren durchgeführt werden. Da in der kleinräumigen Schweiz ein Grosszentrum nicht durchsetzbar ist, sollen fünf Regionen mit mehreren kleineren Zentren gebildet werden, wie die Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen zur Neustrukturierung des Asylbereichs vorschlägt. (SDA)

Arbeit 7000 Lehrstellen blieben nicht besetzt

Der Lehrstellenmarkt präsentiert sich laut dem gestern veröffentlichten Lehrstellenbarometer gegenüber dem Vorjahr stabil: 7000 Lehrstellen blieben am Stichtag 31. August offen. Das Lehrstellenangebot der Unternehmen lag hochgerechnet bei 92 000 – 85 000 Lehrstellen wurden vergeben. Obwohl die Nachfrage nach Lehrstellen mit 96 500 deutlich grösser war als das Angebot, blieben 7000 Plätze unbesetzt. (SDA)

Bahnreform Kritik aus den Kantonen

Busse statt Züge: Der Bund verlangt die Prüfung dieser Option bei Linien, bei denen die Passagiere weniger als die Hälfte der Kosten tragen; betroffen sind 175 von total 300 Strecken. Kantonsvertreter und Regionalbahnen wehren sich. Die kantonalen Verkehrsdirektoren wollen sich vom Bund nicht dreinreden lassen: «Die vom Bundesrat geplante Definition von einheitlichen Prüfkriterien darf nicht gegen den Willen der Kantone zu einer erheblichen Umstellung von Bahn auf Bus führen», schreibt die Konferenz der kantonalen Direktoren. (SDA)

Klimawandel Schweiz soll selber handeln

Die Schweiz soll ihre Klimapolitik nicht an der EU ausrichten, sondern selbst und ambitionierter gestalten – das verlangt das wissenschaftliche Beratungsorgan zum Klimawandel. Da die Schweiz die Herausforderungen des Klimaschutzes besser meistern könne als andere Länder, solle sie eine Reduktion des CO₂-Ausstosses bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 ins Auge fassen. (SDA)

Nationalrat Reimann im Clinch mit den Hoteliers

Knatsch Maximilian Reimann findet die Auszeichnung der tourismusfreundlichsten Parlamentarier daneben. Er hofft, dass die Gewinner den Preis ablehnen.

VON LORENZ HONEGGER

Die Verantwortlichen des Branchenverbandes Hotellerie Suisse dürften nichts Böses geahnt haben, als sie auf der Einladung ihres Parlamentarier-Abendessens vom 10. Dezember die Auszeichnung der tourismusfreundlichsten Vertreter des National-

ständerates ankündigten. Preisverleihungen sind ja normalerweise keine kontroverse Sache.

Wütender Leserbrief

Die Ankündigung versetzte den Aargauer SVP-Nationalrat Maximilian Reimann jedoch derart in Rage, dass er sich kurzerhand vom Nachtessen abmeldete, obwohl er Sessionsanlässe dieser Art laut eigener Aussage gerne besucht. Dann schrieb Reimann auch noch einen wütenden Leserbrief an die Redaktion der «Südostschweiz», worin er das «anstössige Lobbying» und den «politischen Flop» von Hotellerie Suisse kritisierte. Er hoffte, dass sich kein Ratsmitglied für

die Auszeichnung hergebe. «Wo kämen wir hin, wenn alljährlich auch noch der eisenbahnfreundlichste Parlamentarier, die kehrichtverbandsfreundlichste Parlamentarierin, der uhrenindustriefreundlichste Nationalrat oder die kursaalverbandsfreundlichste Ständerätin ausserkoren würde?»

Als Jurist kann Reimann seine Kritik sogar mit einem staatspolitischen Argument untermauern: In seinen Augen verletzt die Preisverleihung den Geist des gesetzlichen Ordnungsverbot, das es Parlamentariern und Verwaltungsangestellten untersagt, Orden, Ehrenzeichen und Titel von anderen Staaten anzunehmen.

Schliesslich fordert er den Verband auf, noch einmal über die Bücher zu gehen und den Preis wieder abzuschaffen.

Feldstecher für die Gewinner

Doch Hotellerie Suisse denkt nicht daran: «Die Auszeichnung des tourismusfreundlichsten National- und Ständerates ist ein symbolisches Dankeschön für das Engagement der Politiker», schreibt Sprecherin Susanne Daxelhoffer in einem E-Mail an die «Nordwestschweiz». Die Verleihung des Preises werde wie geplant stattfinden. Die Gewinner erhielten auch kein Geld, sondern einen Feldstecher – «für ihren touristischen Weitblick».